

für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich  
5.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark  
anzahl. Zustellungsgebühr, ange-  
nommen 15 Pf. Bestellungen werden  
von allen K.-Ospostenstellen ent-  
nommen. Im amt. Zeitungsver-  
zeichnis unter 2000-2001 eingetragene  
Zeitung. Die anvertraute eingetragene  
Manuskriptredaktion wird für die  
Abnahme. Höchster nur mit der  
Quellenangabe, 2000-2001 eingetragene  
Zeitung. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
a. 1416, der Bezugs-Abt. Nr. 1133  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

# Neue-Zeitung

Dreilundfünfzigster Jahrgang.

werbe 0.80 Pf. 24 mm. Milli-  
metergröße oder deren Raum mit  
0.20 Pf. bez. 24 mm. in anderen An-  
schreiben in allen Anzeigen-  
schichten angenommen. Bekleben  
die 2 mm. der Millimetergröße 0.20 Pf.  
Anzeigen-Anforderungen vor-  
11 Uhr, für die Sonntags-Be-  
2 Uhr. Nachmittags, ferner von  
10 Uhr, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungszeit: Halle. Erscheinung  
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Beschäftigte: Halle,  
17. November 19, Dr. Braun-  
haus, 17. Haupt-Beschäftigte:  
Halle 24 und Große Straße, 22.

## Ludendorffs verfehlte Rechnung.

Nach Bernstorffs Heimkehr aus Washington. — Empfang beim Kaiser nach sechswöchentlicher Wartezeit! Der ungnädige Ludendorff. — In drei Monaten sollte der Krieg durch die U-Boote beendet werden!

(Eigener drahtlicher Nachrichtendienst der „Saale-Zeitung“)

Ueber die Verhandlungen des Untersuchungs Ausschusses wird gemeldet:  
Sachverständiger Professor von N: Wenn ich Sie richtig ver-  
stehe, hat es sich bei der Beprechung mit Ihnen nicht darum ge-  
handelt, daß die kriegführenden Parteien miteinander in großen  
entschiedenen Verhandlungen sprechen sollten, was bestimmt ist und  
was bestimmt ist, sondern es hat sich im wesentlichen dar-  
um gehandelt, eine Verständigung zwischen den kriegführenden  
Parteien herbeizuführen. Infolgedessen war die Situation dar-  
aus ganz anders wie es war im Jahre 1918. Ich meine an,  
daß bei den Unterredungen zwischen den Wissenschaftlern (Ludendorff  
hat von 1918 und dem Jahre 1916/17 angetan.)

Standpunkt der Präsidenten Wilson  
zum Jahre 1918 hat mit dem Jahre 1916 nichts zu tun.  
Wenn Präsident Wilson bei der Vertretung seiner ge-  
schäftlichen Verhandlungen in Versailles vertrat hat, so hat dies nach meiner  
Meinung nichts zu tun mit seiner Stellung im Jahre 1916/17.  
Es handelt sich um zwei völlig getrennte Dinge, bei  
denen ein Schluß von dem einen auf das andere nach meiner  
Ansicht vollständig ausgeschlossen ist.  
Sachverständiger Professor von N: Es hat sich also, wenn  
ich hier und jetzt sagen soll, um folgendes gehandelt: Präsident  
Wilson hat im Jahre 1916 nach seinem Zögern einen Friedens-  
schritt getan und dabei nur allgemeine Reden gehalten. Nachdem die  
Entscheidung der Staaten einigermassen war, hat Präsident Wilson  
eine Schrift weiter gegeben. Es hat zwar auch eine Reihe von  
Friedensbedingungen erörtert. Er hat etwas zu schreiben, was  
keinen als Dispositionen Grundlage besetzt worden ist. Gesehen  
ist dafür das Wort Dispositionen gebraucht worden. Wilson  
hat die Ansicht geäußert, eine Grundlage zu schaffen auf der die  
kriegführenden Staaten eine Disposition beschreiben konnten.  
Prof. Bernstorff: Ich habe die Dispositionen der Präsidenten  
als ein Programm angesehen, auf Grund dessen Verhandlungen  
zwischen den Kriegführenden stattfinden sollten.

### Anschläge gegen D-Züge.

WZ. D. S. n. a. b. 23. Okt. Auf den Nachschne-  
weg Bremen—D. n. a. b. 192 sind in den beiden letzten  
Wochen Anschläge verübt worden. In der vorletzten  
Nacht wurde an einer einseitigen Stelle in der Nähe des  
Blaues Meyerhöfen—Bendhöfen, zwischen Bohumte und  
Lentzöfen, eine Schiene gelöst und zur Seite geschoben.  
Anschließend konnten die Werkzeuge die mehr als 20 m  
lange Schiene nicht über die kleine Erhöhung der Unter-  
lage hinwegbewegen, sonst wäre ein Unglück unvermeid-  
bar gewesen. In der vorletzten Nacht wurde eine  
schwere Eisenbahnwaggon über das Geleise gelegt. Das  
Jahrgangsbuch beschränkt das Hindernis, als bereits die  
Machinen und der Lokomotive über die Schiene hinweg-  
gefahren waren und diese sich zwischen den Waggons ver-  
fangen hatte. Der Zug konnte zum Stehen gebracht  
werden. Die Kriminalpolizei ermittelte mehrere höhere  
Beamte nach Bohumte zur Untersuchung.

### Bonar Law über den Kaiser-Prozess.

WZ. Amsterdam, 24. Okt. (Drahtnachricht.)  
Das Pressebüro „Nabla“ meldet aus London: Bonar  
Law erklärte im Unterhaus, daß alle notwendigen Vor-  
bereitungen für das Verfahren gegen den vormaligen  
deutschen Kaiser getroffen sind und daß das Auslieferungsgesetz  
erlassen an die niederländische Regierung eher nicht er-  
folgen könne, bis alle beteiligten Staaten den Friedens-  
vertrag unterzeichnet hätten. Einer Reintermediation zu-  
folge fragte daraufhin das Parlamentsmittglied Pemberton  
Billings, welche Aktion internommen werde, im  
Fall Holland sich weigere, den vormaligen deutschen  
Kaiser auszuliefern. Bonar Law erwiderte, es werde  
noch genügend Zeit sein, dies zu beraten, wenn dieser  
Fall eintritt.

### Das deutsch-polnische Wirtschafts- abkommen.

WZ. Berlin, 23. Okt. Zum Abschluß des deutsch-  
polnischen Wirtschaftsabkommens, das gestern unter-  
zeichnet wurde, ergriff das „Berl. Tagbl.“: Es wurde  
festgelegt, daß gegen Lieferung von 70 000 Tonnen Kohlen  
monatlich nach Polen von diesem an Deutschland  
zufußweise 6 Millionen Zentner Kartoffeln für 16 Mark  
pro Zentner ab Reichsgrenze geliefert werden. Ferner  
etwa 70—80 000 Tonnen Mineralöl und bituminöse  
Produkte, eine Million Liter Spiritus und eine große  
Menge Getreide. Die Polen geben die Hälfte auf der  
Reichs- und der Reichsgrenzen frei. Auch die Regelung  
des Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland und  
Polen wurde besprochen. Die endgültige Festlegung der hier-  
für aufzuführenden Ordnung erfolgt demnächst. Vor-  
aussetzung für das Zustandekommen der obigen Ab-  
machungen ist, daß die polnischen Verhandlungen, bei  
denen sich bekanntlich eine große Zahl kritischer Punkte  
ergab, zu einem befriedigenden Abschluß gelangen.

ausgelegt, daß wir auch nur das arktische Gebiet abzutreten  
hätten, hätte, daß ein einiges Polen geschaffen werden sollte. Die  
lohnliche Forderung hierfür ist hoch, daß von einer Abtretung ab-  
gesprochen wurde.

Prof. Bernstorff: Ich wiederhole, daß mir gegenüber in  
allen Verhandlungen  
niemals eine Gebietsabtretung ausgemittelt  
werden

Ich wieder die Polische Frage hat ich nicht mehr verhandelt.  
Zudem hat die Propaganda der Mittelstaaten bei den Ver-  
handlungen mit Wilson keine Rolle gespielt, wohl aber wurde  
sie in der amerikanischen Presse lebhaft behandelt. Die deutsche  
öffentliche Meinung ist nicht frei, die andere Presse ist  
in ihr die Verzerrung des Selbstbestimmungsrechtes der  
Völker.

Professor von N: So ist genau zu unterscheiden, was Wilson  
sagte und was er nicht sagte. Wilson hat nicht gesagt, daß  
er mit dem Kaiser einen Vertrag machen würde. Wilson hat  
sich nur auf eine Linie gehalten. Am 18. Dezember erzielte er eine  
einstimmige Einigung an alle Kriegführenden, am 22. Januar  
hatte er in seiner Rede bestimmte Grundzüge auf und am  
23. und 24. Januar ging er auch darüber noch hinaus und ließ  
durch Oberst Bonie einen ganz bestimmten Vermittlungsantrag  
abgeben.

Prof. Bernstorff: Das ist richtig.  
Professor von N: Sollte Wilson als ein Vermitt-  
lungsbeauftragter, als ein Gleichberechtigter mit dem Verhand-  
lungsgegner betrachtet werden oder als ein Vermittler, dessen  
Aufgabe es ist, die Parteien zu einem Einverständnis zu bringen?  
Prof. Bernstorff: Wilson hat mit immer lassen lassen, er  
wünschte die kriegführenden Parteien zu einer Konferenz zusammen-  
zubringen. Dann sollte aber zunächst eine zweite Konferenz

ferenz stattfinden, an der er mit künftigen Staaten der Welt  
teilnehmen wollte, um die allgemeinen Fragen zu regeln.

Professor von N: Was auf der ersten Konferenzunternehmung  
wollte Wilson nicht bestimmen, auf der zweiten sollten die  
bestimmte materielle Bestimmungen durchgesetzt werden?

Prof. Bernstorff: Das hat er nicht erklärt.

Professor von N: Daraus ergibt sich, daß wenn die Krieg-  
führenden sich auf einer etwas anderen Grundlage einig  
hätten, als das in der Vorrede vom 22. Januar vorzuziehen war,  
Wilson höchstens auf der zweiten Konferenz etwas hätte machen  
können, aber nicht auf der ersten, wenn die Parteien auf der  
ersten Konferenz sich nicht einig hätten und die pol-  
nische Frage anders gelöst hätte werden.

Prof. von N: Das ist, am 4. Juli 1918, hat Wilson hinsichtlich  
Wilson ganz bestimmte Forderungen aufgestellt haben. Glaubten  
Sie nicht, daß dies Wilson für Wilson die ganze Zeit hindurch  
bestimmend waren?

Prof. Bernstorff: Man muß stets beachten, daß am 31.  
Januar 1917

in dem Verfassungen Wilson eine völlige Wand-  
lung eingetreten

ist. Bis zum 31. Januar glaubte Wilson, daß wir einen  
Verhandlungsgegenstand wollten. Nach dem 31. Janu-  
ar aber war er der Überzeugung, daß wir nur den jode-  
nennigen deutschen Frieden annehmen würden, der die von  
der Entente unterzeichnete Selbstbestimmungscharta ist.  
Er erklärte sich

Prof. Bernstorff: Ich habe ein Telegramm von Oberst  
Bonie bekommen, möglichst früh nach New York zu  
kommen. Ueber die Unterredung habe ich telegraphisch be-  
richtet.

Der Herr Professor hat im Bericht über die Telegramme, in  
diesem Bericht erklärt, daß eine Einmischung in territoriale Fragen  
seitens Amerikas nicht beabsichtigt ist. Es wird um die Mit-  
teilung der Deutschen Friedensbedingungen erklärt. Amerika habe  
erklärt, daß wir mehr als ein Jahr lang unsere Bedingungen  
bestimmungen, was die ersten vier Jahre lang keine Mit-  
teilung wurden. Wilson hat bereit, die der ganzen Welt mitzu-  
teilen und er ist bereit, daß damit der Weg zur Friedens-  
konferenz gebahnt werde. Er würde sich erlauben, wenn es  
auf der Grundlage seiner Selbstbestimmungscharter eine Friedens-  
konferenz kommen würde, was er sollte, daß das in der nächsten  
Wochen, daß wir unsere Bedingungen vorlegen werden können.  
Dem Grafen Bernstorff wurde am 16. Januar offiziell verzeu-  
licht mitgeteilt, daß der U-Boottrog beschließen ist. Am 31.  
Januar sollte eine entsprechende Note übergeben. Es heißt in  
dem Telegramm weiter, daß, wenn jetzt der U-Boottrog ohne  
weiteres begonnen würde, der Präsident

das als einen Schlag ins Gesicht empfinden  
würde und daß der Krieg mit den Vereinigten Staaten unzer-  
brechlich und eine Wundung des Jahres unheilbar ist.

Prof. Bernstorff: Am 30. Januar habe ich die Friedens-  
bedingungen im Wortlaut erhalten und am nächsten Tage die  
Erklärung des U-Boottrogs überreicht. Dann  
habe ich mit niemand mehr verhandelt.

Der Herr Professor hat im Bericht über die Telegramme, in  
diesem Bericht erklärt, daß eine Einmischung in territoriale Fragen  
seitens Amerikas nicht beabsichtigt ist. Es wird um die Mit-  
teilung der Deutschen Friedensbedingungen erklärt. Amerika habe  
erklärt, daß wir mehr als ein Jahr lang unsere Bedingungen  
bestimmungen, was die ersten vier Jahre lang keine Mit-  
teilung wurden. Wilson hat bereit, die der ganzen Welt mitzu-  
teilen und er ist bereit, daß damit der Weg zur Friedens-  
konferenz gebahnt werde. Er würde sich erlauben, wenn es  
auf der Grundlage seiner Selbstbestimmungscharter eine Friedens-  
konferenz kommen würde, was er sollte, daß das in der nächsten  
Wochen, daß wir unsere Bedingungen vorlegen werden können.  
Dem Grafen Bernstorff wurde am 16. Januar offiziell verzeu-  
licht mitgeteilt, daß der U-Boottrog beschließen ist. Am 31.  
Januar sollte eine entsprechende Note übergeben. Es heißt in  
dem Telegramm weiter, daß, wenn jetzt der U-Boottrog ohne  
weiteres begonnen würde, der Präsident  
das als einen Schlag ins Gesicht empfinden  
würde und daß der Krieg mit den Vereinigten Staaten unzer-  
brechlich und eine Wundung des Jahres unheilbar ist.

### Diese Bedingungen

Herr: Mittheilung des von Frankreich begeherten Teiles von  
Oberitalien, Gewinnung einer deutsch-polnischen  
gegenüber England sicheren strategischen und wirtschaftlichen  
Grenze, koloniale Replikationen in Form einer Verbin-  
dung, die Deutschland einen seiner Westrandpunkt und  
der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entgegen  
kolonialer Interessen, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt der  
gegenseitigen und gleichzeitigen Grenzbestimmungen  
sowie finanzielle Kompensationen, Wieder-  
herstellung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und der Selbstbestimmungsrechte der Völker, die durch  
die belagerten Regierungen hindern wären, wirtschaft-  
licher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage  
der gegenseitigen Rechte, Schlichtung der  
durch den Krieg geschädigten deutschen Interessen und Ver-  
besserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten  
und Frankreich, Rückgebe der von Deutschland be-  
haltenen französischen Gebiete unter dem Vorbehalt

# Minister Müller über die Lage Deutschlands.

## Der Diplomaten-Nachwuchs. — Die Ausführung des Friedensvertrages. — Clemenceau als Herr. — Der letzte politische General! — Die Oester-Blokkade. — Der Streit um den U-Boot-Krieg.

22. Okt. 100. Sitzung. Am Ministerische: Müller.

Präsident Freydenberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist schwach besucht. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts.

Hauswartiges Amt.

Hg. Waldheim (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

### Minister Müller:

Die Ausführung des Friedensvertrages zwingt uns, die Arbeit in Methoden des Amtes zeitweise zu ändern. Die Gleichstellung der diplomatischen und konsularischen Karriere hat allgemeine Zustimmung gefunden. Außenseiter müssen herangezogen werden. Die sachliche Eignung der Beamten muß ausschlaggebend sein. Der gegen die Republik agitieren will.

darf nicht anfeinden Außenposten kommen. Allein maßgebend darf die juristische Vorbildung nicht sein. Die Eignung der Politik soll gewährleistet werden dadurch, daß die Stellungen des Amtes nach Maß der Gruppen arbeiten sollen. Die Wirtschaftspolitik soll mit der äußeren Hand in Hand gehen. Sozialpolitische Vertreter sollen den Missionen beigegeben werden, wie dies das Ausland schon tut. Die Rechtsabteilung soll keine Politik treiben. Wenn wir die Basis unserer Ansätze verbreitern wollen, so muß der ausländische Vertreter dranhelfen.

von seinen Bezügen aufhören zu leben können.

Das ist in dem vorliegenden Etat noch nicht erreicht. Das Schwere kommt erst jetzt, wenn wir liefern und zahlen sollen. Wir werden tun, was wir können, mehr nicht. Auch die Länder der Sieger haben fürchterlich gelitten. Die deutschen Sozialisten haben keinen größeren Feind als

Lubendorff und seine Garde.

Die Militärpartei regiert eigentlich nur in den besetzten Gebieten. Aber dort ist es französische Militärpartei. Der Druck der Entente ist das beste Mittel, unsere Eingetragten zu fördern. Clemenceau sagte: „Die Herren sind wir!“ Wir kennen diese Redensarten; es sind die der Abenteurer von vorgestern. Sie können nicht zum Völkerverbund. Der schäme Satz: Wir wollen frei sein, um zu befreien, läßt uns eilig kalt, solange unsere Befreiungen noch nicht freigegeben sind.

Unsere Mütter gehen an Herzgeleid zu Grunde.

Ich appelliere an die Mütter der ganzen Welt. Wir wollen den Frieden. Warum müssen die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurück? Die Reichsregierung mißbilligt das Telegramm von der Goltz an Amalov, von der Goltz ist heftigst

der letzte politische General.

Wir müssen gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten unterhalten. Wir sind keine Feinde der Bolschewiki, aber der Bolschewismus wird gefährdet durch die Methoden, die die Entente anwendet. Aufstand muß in den Kreis der europäischen Verantwortung einbezogen werden.

Gegen die Oester-Blokkade haben wir schärfstens protestiert. Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind dem Wohlstand nahe. Man hat drängen überall das Vertrauen, daß wir uns herausarbeiten als Boll bespannen werden. (Beifall.)

Hg. Wels (Cons.): Die Träger der Schuld am deutschen Volk werden feigeleitet werden.

Die Wahrheit ist auf dem Marsfeld in Deutschland. Das werden auch die französischen Genossen einsehen. Unsere Hauptfeinde waren die Halbheit und die Unehrlichkeit. Die Königsberger

das darüber bekannt geworden wäre. Jedenfalls hat der Kaiser geglaubt, daß ich einem Koffer mit solchen Depeschen nicht die genügende Sorgfalt geschenkt habe.

Vorleser Warwitz: Was der andere Grund? Graf Bernstorff: Der Kaiser hatte mir einmal in Konstantinopel auf einer Besprechung den Vorwurf gemacht, daß ich daran schuld wäre, daß ein Mann wie Gerard amerikanischer Botschafter in Berlin geworden sei. Ich habe damals geantwortet, daß die Ernennung Gerard's mir erst nach vollzogener Wahl bekanntgemacht wäre und daß ich mit der Empfehlung, Gerard abzuheben, keine Vermittlung in Amerika hervorgerufen wolle. Ich hätte am 4. Mai eine Unterredung mit General Lubendorff, aus der ich den Eindruck gewann, daß ihm meine Tätigkeit unerwünscht und unpopulär sei.

Hg. Dr. Schilling: Ich möchte Näheres über den Verlauf dieser Unterredung hören.

Graf Bernstorff: General Lubendorff empfing mich mit den Worten, Sie wollten in Amerika den Frieden machen, Sie dachten wohl, wir wären am Ende. Darauf habe ich erwidert, nein, ich glaube nicht, daß wir schon am Ende sind, aber ich wollte den Frieden machen, bevor wir zu Ende sein werden. Darauf antwortete mir Lubendorff:

Ja, aber wir wollen nicht. (Bewegung.) Wir werden jetzt mit dem Intersechsstädte-Krieg die Sache in 3 Monaten beenden. (Genehme Bewegung.) Darauf habe ich gefragt, ob es nicht wäre, den Krieg in drei Monaten beenden zu können. Er hat erwidert, er hätte wenige Stunden vorher ganz bestimmte Nachrichten

bekommen, daß England unter keinen Umständen den Krieg länger als drei Monate bestehen lassen würde. General Lubendorff fragte mich dann, wenn nach meiner Ansicht Amerika in ernsthaftem Maße Streitkräfte nach Europa senden würde. Ich antwortete,

unabhängige „Freiheit“ hat ein angelegliches Protokoll veröffentlicht von einer Juli-Sitzung der Regierung, das von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Den Sabotieren des Friedens gegenüber darf es keine Schonung geben. Uns steht das Leben von 60 Millionen höher als die Ehre einer einzelnen Seele. Die Eglitz der Sowjetregierung ist ein Unglück für den Sozialismus. Für ein noch größeres Unglück würden wir freilich den

Sieg der Reaktion halten. Der Völkerverbund von Entente Gnaden ist eine Verzerrung. Aber darum müssen wir hinfinkommen. Der Zusammenbruch Europas kann nur durch die Zusammenarbeit der Völker aufgehalten werden.

Hg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Von der angelegentlichsten Gefandtschaft des Reiches beim Vatikan weißt mich nichts im Etat. Wir halten es von höchster Wichtigkeit, daß eine solche Gefandtschaft errichtet wird, auch wenn Preußen und Bayern ihre Sonderbefandtschaften nicht aufgeben. Die Errichtung der Außenpostenstelle und der Bundeskanzlers ist zu begrüßen. Doch müßten auch Sachverständige für die ausländischen geistigen Strömungen geschickt werden. Man verzieht uns den Weiden, darum müssen wir nach Wien gehen. Ich billige das, was Minister Müller darüber gesagt hat.

Welchen hat eine Spondiat begehren, indem es bei Abfederung unserer Gefandungen 20 Geleiten zurückbezieht unter dem Vorwande, es begehren sich noch beliebige Gefandungen in Deutschland. Ich überreichte dem Minister die Namenliste dieser Gefandungen in der Hoffnung, daß sofort Schritte getan werden, um diese Ungleichheiten zu beseitigen. (Beifall.)

Unausländische Hände verknüpfen uns mit den Bewohnern der besetzten und akzeptierenden Gebiete. Sondern tritt bei den Bestimmungen jede Politik in den Hintergrund.

Hg. Schatz-Bromberg (Zn.): Wie steht es denn mit der Ausführung der Ratifizierung? Was ist zur Beilegung geschehen? Wie man sich in den Völkerverbund drängt, in dem man uns nicht haben will, versteht ich nicht. Die Beauptung, daß der U-Bootkrieg maßgebend gewesen ist für die Haltung Americas, ist widerlegt. (Die weiteren Erörterungen des Redners über den U-Bootkrieg werden durch

bestimmte und langandauernde Zwischenrufe unterbrochen. Präsident Freydenberg bittet, auch mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Unterhandlungs-ausschusses das Thema nicht allzu weit auszudehnen.)

Unsere Frauen im Baltikum haben sich auf einen Vertrag verlassen, den unsere Regierung unterzeichnet hat. Hier ist schon eine bessere Behandlung verdient.

Hg. Dr. Ernest-Sachsen (U. S.): Des Willens des Völkerverbundes erste Tat ist die Androhung der Blockade an Sowjetrußland. Die Beteiligung Deutschlands am Völkerverbund ist die

Vorbereitung zu einer imperialistischen Politik und die Solidaritätserklärung mit den kapitalistischen Regierungen der Entente. Die deutsche Regierung muß der Sowjetregierung ihre friedlichen Absichten und Bestimmungen zu erkennen geben. Fällt die Sowjetregierung, fällt das letzte Bollwerk des Sozialismus.

Minister Müller: Wir können keine Politik der großen Worte machen. Andererseits dürfen wir zu Abenteurern keine Beziehungen aufnehmen. Ich habe keinerlei Erklärung abgegeben, woraus die Truppen im Baltikum hätten schreiten können, sie könnten dort bleiben. Die Frage der Gefandtschaft beim Vatikan hoffe ich durch Verhandlungen mit Preußen und Bayern zu beschleunigendem Abschluß zu führen.

Drogen 1 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

das dies nach einem Jahre etwa der Fall sein würde. Wenn er glaube, mit dem U-Bootkrieg den Weltkrieg beenden zu können, müsse es vorher geschehen. Darauf antwortete mir Lubendorff: Ein Jahr gegenüber mir nicht, wir werden mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg vorher fertig werden. (Genehme Bewegung.)

Vorleser Bonn: Welches war das Ergebnis der Untersuchung wegen der mexikanischen Depesche?

Graf Bernstorff: Ich glaube, die Untersuchung hat überhaupt kein Ergebnis gehabt. Nachdrücklich ist bei mir kein Zweifel mehr darüber gewesen, daß unsere sämtlichen Depeschen von den Engländern entziffert worden sind.

Vorleser Bonn: Sie glauben also, daß die Entzifferung der Mexikodepeshen erfolgte auf dem Wege zwischen Deutschland und Amerika und nicht nachher auf dem Landwege von Amerika nach Mexiko.

Graf Bernstorff: Ich kann mir wiederholen, daß unsere gesamten Depeschen von England abgefangen wurden.

Hg. Dr. Spahn: Den Mexikowischenfall hat ein Staatssekretär Zimmermann etwas anders dargelegt. Er wird später darüber zu hören sein. Weshalb konnte aber England die Depeschen entziffern? Warum wurden die Chiffren nicht geändert?

Graf Bernstorff: Die Chiffren sind selbstverständlich während des Krieges häufiger gewechselt worden als sonst, aber die Bestimmung mit der Heimat war eben schwer zu

brachte uns die „Deutschland“ zweimal neuen Schiffen.

Hg. Dr. Spahn: Sie kennen den Bericht, den Herr von Haniel über die amerikanischen Giftquellen nach Europa sandte?

würden unter Aufsicht entsprechender Sondervertreter, Eichel, seit der Besetzung der Weste.

Es wird dann weiter erklärt, daß Deutschland bereit sei, in der im Senatsvollzug erwähnten internationalen Konferenz beizutreten, ferner wird betont, wenn das Angebot Hoffens nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, so hätten wir den Beginn des neuen U-Bootkrieges vermeiden können. Jetzt ist es hierzu aus technischen Gründen leider zu spät. Es seien bereits militärische Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, da Boote mit neuen Antriebsmotoren aus Japan ausgeführt seien. Wie seien jedoch bereit, den Beschlüssen Amerikas Zustimmung zu tragen. Wir bitten den Präsidenten, seine Bemerkungen wieder aufzunehmen und fortzusetzen und sich zur Einstellung des U-Bootkrieges bereit, sobald nötige Sicherheiten gegeben ist, daß die Bemerkungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen können.

Vorleser Warwitz: Sie haben diese Instanzen können zur Verständigung gebracht?

Graf Bernstorff: Ich habe alles dem Obersten Kommando mitgeteilt, so daß er in der Lage war, den Präsidenten zu unterrichten. Auch dem Stande der Stimmung in Amerika war es möglich ausgefallen, daß nach der Erklärung des unangehörigen U-Bootkrieges noch verhandelt wurde.

Vorleser Warwitz: Sie haben keine Verträge abgeschlossen in dieser Richtung gemacht?

Graf Bernstorff: Ich habe den Versuch nie immer unternommen, aber es ist mir nie gelungen.

Vorleser Warwitz: Gelingen sollten dann nach Deutschland zurück?

Graf Bernstorff: Am 31. Januar abends habe ich die Abreise übergeben. Ich war überzeugt, daß kein anderer Weg mehr möglich war. Ich habe daher den Befehl zur Zerückung der deutschen Handelsflotte

am 31. Januar früh 10 Uhr abgefaßt, da ich sicher war, daß es dazu am Abend schon zu spät sein würde. Um 7 Uhr abends waren die Schiffe auch bereits von der amerikanischen Westküste abgefahren.

Hg. Dr. Ernest-Sachsen: Am 18. Januar erhielten Sie ein Telegramm, in dem es heißt, ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserem Vorgehen Gefahr laufen, den Krieg und möglicherweise den Krieg herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen. Der Völkerverbund sagte hierzu: Man hat also wohl mit der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Krieges in Berlin gerechnet?

Graf Bernstorff: Ueber irgend etwas, was in Berlin geschah, ist, kann ich nichts auslegen.

Vorleser Warwitz: Sie sind nicht dann zurück auf die ersten Schritte erwähnte Regierung Willens im Senat, die nach dem ersten Original übergeben werden sollten. Es wird festgestellt, daß Willens tatsächlich entsprechende der gestrigen Annahme: geküßert hat, daß Amerika wahrscheinlich so wie in den Krieg hineingezogen wäre.

Vorleser Warwitz: Haben Sie nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland in Folge der Art Ihres Empfangs in Hauptquartier

geklärt, bestimmte Schritte ziehen zu können?

Graf Bernstorff: Wenn ich unter dem Eide gebracht werde, so muß ich antworten, daß ich allerdings den Eindruck hatte, daß die Beschönigung des unbeschränkten U-Bootkrieges ein

vollkommener Sieg der militärischen Richtung war.

Vorleser Warwitz: In welcher Form haben Sie Gelegenheit gehabt, Ihre Auffassung als Botschafter an die höchste Instanz zu bringen?

Graf Bernstorff: Ich habe am ersten Abend nach meiner Rückkehr eine Unterredung mit dem Reichskanzler von Weizsäcker-Sollweg gehabt.

Vorleser Warwitz: Worin bestand der wesentliche Inhalt?

Graf Bernstorff: Es ist wohl besser, wenn Herr von Weizsäcker-Sollweg denselben wiedersagt. Auf Wunsch des Reichskanzlers gibt aber Graf Bernstorff Auskunft: Herr von Weizsäcker-Sollweg hat mir damals die Gründe angegeben, weshalb er die amerikanische Vermittlung nicht angenommen hat. Der erste Grund war, daß Willens Vermittlung in Deutschland unpopulär

sei. Es sei mir die sozialdemokratische Reaktion damit einverstanden gewesen. Weiter erklärte der Kanzler, er könne einen sogenannten faulen Frieden nicht schließen, ohne die letzte Waffe zu gebrauchen, welche dem deutschen Volk als die schärfste und beste bekannt sei und von der das Volk glaubt, daß sie zum Ziele führt.

Auf eine Anfrage des Hg. Ernest-Sachsen erklärt Graf Bernstorff, daß nach seiner Ansicht Willens von der Beratung des U-Bootkrieges die monatliche Abseregen war kein Unterredung mit dem Reichskanzler nicht gehabt hat.

Vorleser Warwitz: Wann waren Sie beim Kaiser nach Ihrer Rückkehr?

Graf Bernstorff: Etwa sechs bis sieben Wochen nach meiner Rückkehr. (Bewegung im Saal.)

Vorleser Warwitz: Echten Ihnen das unangekommene sei kein der Wirklichkeit Ihrer Mission?

Graf Bernstorff: Es sieht mir alles aus (Beifall).

Vorleser Warwitz: Glauben Sie die Gründe des Kaisers hierfür zu kennen?

Graf Bernstorff: Es sind mir damals Gründe genannt worden, die ich nicht für sehr ausschlaggebend hielt. Es handelte sich wohl nur um verschiedene politische Auffassungen.

Vorleser Warwitz: Sind die Gründe derart, daß sie verhindern, von Ihnen über vorgetragen zu werden?

Graf Bernstorff: Wenn ich gesagt werde, was ich antworten. Es handelt sich um zwei Gründe. Als wir von dem Kaiser abließen, hat der schwebende Senat einen Koffer mit schwebenden Depeschen auf unser Schiff gebracht, von denen wir gar nichts wußten. Nachher wurden wir in halber Tag angehalten und gegen mitschiff. Die Engländer beschlagnahmten den Koffer und es wurde nach London gebracht und dort geöffnet. Die englischen Zeitungen behaupteten damals, es handele sich um einen Koffer von mir. Es hat damals die Vermutung bestanden, daß in diesem Koffer sich auch die Depeschen der Besatzung befanden, und zwar

has mexikanische Telegramm Zimmermanns,



**Graf Bernstorff:** Ich habe mit Herrn v. Santel in Washington in voller Harmonie zusammengearbeitet. Wir waren in allen Fragen einer Meinung.

**Hr. Dr. Singheim:** Hat General Ludendorff von diesem Bericht des Herrn v. Santel Kenntnis bekommen?

**Graf Bernstorff:** Ich glaube, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg durch den Grafen Monts Kenntnis davon erhalten hat.

**Hr. Dr. Singheim:** Nach den Äußerungen hat General Ludendorff Mitteilung von dem Inhalt dieses Briefes erhalten. Ebenso von den Ausführenden des jetzigen Unterstaatssekretärs Albert, die darauf hinweisen, daß die Hilfsquellen Amerikas in jeglicher Beziehung unerlöschlich seien.

Dieser Bericht Morris war an Dr. Helfferich gerichtet, und Dr. Helfferich hat diesen Bericht dem zuständigen Amt übergeben.

**Konrad Hoerst:** Wegen der Westloberische ist eine eingehende Untersuchung geführt worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß die Depesche nicht von dem Obersten der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland in Amerika beantragt worden ist, sondern eine solche in die Hände von Herrn Dr. Cohn gelangt ist.

**Hr. Dr. Cohn:** Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß die meiste Wahrscheinlichkeit davon bezeugen hat, daß die Depesche in Amerika als zweideutig und hinterhältig eingeschrieben zu lassen?

**Graf Bernstorff:** Selbstverständlich wurde die Depesche propagandistisch gegen uns verwendet. Einen besonderen Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte hatte sie nicht, denn der Krieg war ja da.

**Hr. Dr. Cohn:** Hand die Unterredung mit General Ludendorff vor Ihrer ersten Unterredung mit dem Kaiser statt, oder nachher?

**Graf Bernstorff:** Ich habe den Kaiser vorher gesprochen.

**Hr. Dr. Cohn:** Haben Sie auch mit anderen Herren des Hauptquartiers gesprochen?

**Graf Bernstorff:** Ich habe auch mit dem Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg gesprochen.

**Hr. Dr. Singheim:** Halten Sie die Gründe, aus denen Herr v. Santel dem Kaiser nicht empfangen werden sollte für richtig oder für falsch?

**Graf Bernstorff:** Vermutlich ist ein starker Ausdruck, der aber allerdings persönlich angenommen, daß tiefere Gründe politische Meinungsverschiedenheiten die Ursache waren.

**Hr. Dr. Singheim:** Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß gewisse Kreise den Kaiser bestimmt haben, Sie nicht zu empfangen, weil Sie über die Friedensmöglichkeit genau Auskunft geben könnten?

**Graf Bernstorff:** Bestimmte Anhaltspunkte nicht.

**Hr. Dr. Singheim:** Es fällt auf, daß der Kaiser sich in dem mehrfach erwähnten Telegramm an Staatssekretär Zimmermann nach einer Friedensaktion Willens zeigend.

**Er kann doch also nicht uninteressiert gewesen sein.** Ich Ihnen bekannt, daß in der deutschen Presse eine Friedensaktion Willens als unpopulär abgelehnt wurde? Haben Sie nicht einmal gefragt, warum man die Presse nicht aufkläre über die Absichten der Reichsregierung? Sie bekümmert sich doch einmal über die Haltung der deutschen Presse.

**Graf Bernstorff:** Ich habe angenommen, daß in der Presse künstlich eine Agitation für den Abbruch des Krieges meistens mit Angriffen gegen mich verdrängt waren und weil diese Presse das ausschließliche Amt des Kaiser angriff, so habe ich mich allerdings gefragt, ob man die Presse nicht genauer hätte beeinflussen können. Von Amerika aus konnte ich dies aber nicht so genau beurteilen.

**Vorherigen Wermuth:** Sie sprechen von einer künstlichen Stimmungsmache. Könnte nicht eine ganz natürliche Stimmungsmache vorliegen?

**Graf Bernstorff:** Von meinem Standpunkt aus habe ich keine Agitation für künstlich gehalten und halte ich das heute dafür.

**Ich glaube noch heute, daß wenn die öffentliche Meinung in Deutschland zu wachen gefährt hätte, würden einem solchen Versuch Erfolg geblieben und dem Abbruch der Weltkriege ein günstiges Ende entgegengekommen hätte, wenn sie genau aufgeklärt worden wäre.**

**Professor Bonn:** Haben Sie am 14. März, als Sie mit dem General Ludendorff sprachen, zum ersten Male mit Herren der Obersten Generalkommando offiziell verhandelt?

**Graf Bernstorff:** Das erste Mal!

**Professor Bonn:** Als Sie am 14. März heimkehrten, waren die Beziehungen schon abgebrochen. Es spielen aber doch noch allerlei Möglichkeiten, wenn auch sehr vage, daß es doch noch nicht zum Bruch kommen brauche. Der Kriegszustand trat erst am 3. April ein. Die Zeit ist von den maßgebenden Kreisen nicht ausgenutzt worden, um Sie zu einer persönlichen Besichtigung zu veranlassen?

**Graf Bernstorff:** Ich könnte mich in den Daten trennen, aber so viel weiß ich: Am dem Tage meiner Abreise waren alle diese Kreise in förmlichen Abwesenheit. Nach heute hin ist nach der Ansicht, daß meine Zurückhaltung in Halifax den Zweck gehabt hat, mir die Gelegenheit zu nehmen, hier etwas zu unternehmen.

**Professor Bonn:** Haben Sie General Ludendorff zu verstehen gegeben, daß diese Friedensbemühungen keine diplomatische Unterlage ihrerseits seien; sondern daß sie mindestens außerhalb der Meinung waren, die Politik der Regierung zu vertreten?

**Graf Bernstorff:** Ja, das habe ich gesagt. Ich erlaube mich auf eine Neubearbeitung, die mir vorhin entfallen war, daß General Ludendorff mir auf meine Bemerkung, daß ich den Frieden hätte machen wollen, die mir am Ende seien, antwortete: Meinerseits sind Sie ja wohl zum Teil berechtigt gewesen, wenn Sie gesagt haben, in dieser Hinsicht tätig sein zu wollen, denn unsere Informationen konnten Sie wohl den Antworten entnehmen, daß wir am Ende wären. Auf diese Antwort lasse ich mich.

**Professor Bonn:** Haben Sie bei der Unterredung mit General Ludendorff das Friedensprojekt im einzelnen besprochen?

**Graf Bernstorff:** Einzelne nein. Professor Bonn: Wüßte er damals, daß nach dem 22. Januar Wilson durch Direct House nochmals eine Friedensvermittlung angeboten hat?

**Graf Bernstorff:** Das weiß ich nicht. Nach einigen weiteren Besprechungen ist die Berechnung des Grafen Bernstorff.

Die nächste Sitzung am 11. Oktober, 10 Uhr vor mittags, nachmittags im Plenarsaal: des ehemaligen Reichenskanzlers. Es wird an diesem Tage der frühere Reichsminister v. Bethmann-Hollweg vernommen werden. Der Reichsminister v. D. Graf Bernstorff wird zur eventuellen Gegenüberstellung ebenfalls zu dieser Sitzung geladen werden.

### Preussische Landesversammlung.

Berlin, 23. Oktober. Abgeordneter Dr. von Kries eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Abg. Reinecke (Ztr.) begründet einen Antrag, die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen auf ihre Rechtsgültigkeit zu prüfen.

**Minister Braun:** Die Entlohnung Diszipliniers ist durch die starke Inanspruchnahme ausländischer Arbeiter hervorgerufen worden, mit denen der heimische Arbeiter nicht zusammen arbeiten will und daher auswandert. Der traurige Materialismus in landwirtschaftlichen Kreisen ist die Frucht der 23-jährigen Tätigkeit des Bundes der Landwirte.

Zur Sache des pommerischen Landarbeiterstreiks hat Herr von den Böden Mitteilung gemacht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Was wurde denn in dem Vertrag des Landarbeiterverbandes Angeordnet? Der Vertrag schließt für den verheirateten Arbeiter mit einer Einkommen von 200 Mark. Er nennen mich einen Parteimitglied. Wie war es denn früher? Nicht vier Wochen lang hatte ich ein Minister ohne das Vertrauen der größten Partei hatten können. Nun, und so ist es heute noch.

**Abg. Wibeloh (Ld.):** Der Grund und Boden, das Eigentum des freien Bauern, ist in Zukunft Spekulationsobjekt der Schieber und Kriegergewinner geworden. Die Aufhebung der Zwangsverpflichtung würde zum Ruin des Volkes führen.

**Abg. Peters-Spödnern (Soz.):** Der Minister hat durch seine Verordnung die Ernte getarret. Die Verheerung ist zum großen Teil eine Folge der früheren Kanalregnerelien der Konföderation. Der Abgeordnete Westermann will die Aufhebung der Zwangsverpflichtung. Davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil, wenn es nicht anders geht, müssen wir die Kontrolle und die Strafen gegen den Schieberhandel verschärfen.

**Abg. Bergmann (Soz.):** Was Herr Westermann sagte, unterschreiben wir. Er hat keine förmliche Aufhebung der Zwangsverpflichtung verlangt, sondern nur ihren Abbau in der allernächsten Zeit.

**Präsident 12 Uhr:** Fortsetzung; vorher Anfragen. Schluß 6 Uhr.

**Das Reichsnotenpapier.**  
Annahme in der Kommission.  
Berlin, 23. Okt. Der Gehaltentwurf betreffend das Reichsnotenpapier wurde heute im Stenensal der Nationalversammlung in zweiter Lesung mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen.

### Die abgepernte Ostsee

Berlin, 23. Okt. Infolge der durch die Witterungsverhältnisse Sperrung der Schiffsverkehr auch im westlichen Teile der Ostsee nahezu vollkommen. Nur wenige Schiffe unter neutraler Flagge halten die Verbindung mit den neutralen Ländern, insbesondere den skandinavischen Küsten, aufrecht. In Kiel hat eine große Zahl der abgepernten Dampfer und Segler Anker geworfen. Die abgepernten Dampfer sind fast ausschließlich in der Ostsee zu entdecken. Auch im Nordostkanal ist der Schiffsverkehr nahezu lahmgelegt. Die wenigen Schiffe, die ihn besetzen, laufen unter neutraler oder schwedischer Flagge. Nicht seltener machen sich die Sperrkräfte bemerkbar, daß auch die fischerstellende zum Anlaufen verweigert ist und daher keine Fische mehr zu verzeichnen sind. In Kiel haben sich große Vorräte von angelassen, die zur Verfügbung bestimmt waren.

### Der Leipziger rote Soldatenbund befohlen.

Leipzig, 23. Okt. Wie den Leipziger Nachrichten aus zweifelslosiger Quelle mitgeteilt wird, wurden in einer Geheiminspektoren des Leipziger roten Soldatenbundes bekannt gegeben, daß seit Freitag der Vorzug des Bundes, König, und der Kaiser v. Rüdell mit der Kaiserin in Höhe von 20000 Mark zurückgegangen seien. Wie nach demselben Blatte weiter verläutet, werden die Kommunisten in Leipzig jetzt lebhaft um die Gunst der heimtückenden Kriegsgelagerten. Sie haben sich auch führende Kommunisten aus den Bergengebietern in Kiel umarmen lassen. Es soll sich unter ihnen ein rheinländischer Kommunistenführer namens Dieplinger heimlich in Leipzig aufhalten, der besonders für die Stärkung der roten Armee tätig sein soll.

### Alquist gegen die britische Regierung.

Rotterdam, 23. Okt. Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, hielt Alquist in London eine Rede, in der er sich energisch gegen die russische Politik der jetzigen Regierung wandte. Er sagte, England dürfe auf die Eingebungen und das Verhalten des russischen Volkes, soweit dessen innere Politik in Betracht kommt, keinen Einfluß ausüben. Er fuhr fort: Ich werde sicher ein Bolschewist genannt werden. Aber meine Politik beruht auf den Grundrissen, für die wir getämpft haben, und die, wie behauptet wird, im Friedensvertrag zum Ausdruck kommen. Ich protestiere dagegen, daß unser Geld, unser Material und unsere Männer für die Regierung der inneren Angelegenheiten des russischen Volkes verwendet werden.

Zum Schluß erklärte Alquist als Mitglied Englands und der übrigen Welt, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker gebildeten neuen Staaten gegen jeden Angriff zu kämpfen.

### Eine Lumpenpatte fremder Legionäre.

Wien, 24. Okt. (Drahtnachricht.) Heute vormittag rissen Legionäre in Stärke einer Kompanie die Statue Kaiser Josephs von ihrem Sockel herab. Das Statuettchen wurde dabei abgehauen. Einige Legionäre grüßten mit einem Soldaten, der erklärt hat, daß die Statue schon längst auf den Witz gehörte, in einen Witzweckel. Der Soldat gab daraufhin Schiffe in die Luft ab, wodurch eine Panik hervorgerufen wurde. Leute, die ihrer Entrüstung über den Verfall Ausdruck gaben, wurden von den Legionären verhaftet und gefesselt. Der Stadt hat sich große Erregung bemächtigt.

### Die steigende Lebensmittelkrise in Russland.

Paris, 24. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Omsk, dem Hauptquartier des russischen Heeres, wird telegraphisch, daß die Lebensmittelkrise in Russland einen solchen Umfang annimmt, daß die Kapitulation der russischen Truppen Schrittweise zu erwarten ist. In ganz Sowjetrußland herrscht ein wildes Chaos von Hunger, Kollaps und Korruption.

### Vorstoß bolschewistischer Zerstörer.

London, 23. Oktober. Die „Ammunition“ teilt mit: Vier bolschewistische Zerstörer verließen am Morgen des 21. Oktober einen Ankerplatz auf der elbischen Küste und bestanden Zerstörer „Jed“ bolschewistische Zerstörer wurden zum Sinken gebracht. Große Ueberlebenden wurden gerettet. Die Zerstörer und Götter keine Verluste.

### Deutsches Reich.

#### Wöchentliche Berichterstattung der preussischen Landtagsversammlung.

Berlin, 23. Okt. Die Landtagsversammlung ist heute in die zweite Sitzung übergegangen. Die Verhandlungen über den Entwurf des Reichsnotenpapiers sind heute in die dritte Sitzung übergegangen. Am 4. November soll das Parlament wieder zusammentreten.

#### Reise von Göttingen aus England.

Berlin, 23. Oktober. Die Reichsregierung hat die Reise von Göttingen aus England an den Reichsminister v. D. Graf Bernstorff übertragen. Der Reichsminister v. D. Graf Bernstorff wird am 4. November nach Göttingen reisen.

#### Genau das Präzise der Unterredung.

Berlin, 23. Oktober. Im Zusammenhang mit der reichlichen Landesversammlung wurde gestern Abend ein Antrag eingebracht, der in Durchführung des Paragraphen 123 Absatz 2 der Reichsverfassung alle Ausnahmestimmungen genau weibliche Beamte und damit auch das Präzise der Landesversammlung beteiligt.

### Halle und Umgebung.

#### Klavierabend von Alfred Hoehn.

Wer in Anbetracht der glänzenden Vorträge, die dem Auftreten des Pianisten vorausgingen, mit berechtigter Stille gekommen war, fühlte sich bald gründlich widerlegt. Alfred Hoehn darf den Anspruch geltend machen, den Großen zuzurechnen zu werden. Sein Spiel ist nicht gleichmäßig, sondern sehr lebhaft. Man kann man voraussetzen, daß ihm die Zukunft gehört. Aber hat ihn mit Mühseligkeit verstanden, was ihn aber von diesem unterhebt, ist die Gewissenhaftigkeit, mit der er den Klavierreproduziert, ohne von seinem Temperament hingeworfen zu werden. In seinen Vorträgen zu hören kommen zu lassen. Seine Technik ist so selbstbestimmter Sicherheit und selbst in unserer Zeit, wo man gewohnt ist, sie als etwas selbstverständliches zu betrachten und die höchsten Ansprüche an sie zu stellen, bewundernswürdig. Ihr ebenbürtig ist kein Gestaltungsverständnis, das er an Aufgaben verlässlicher Richtung bewies. Die Hand-Variationen von Brahms, die weder technisch noch inhaltlich irgend welche Zugeständnisse machen, können als Prüfstein für die Fähigkeiten eines Pianisten gelten. Hoehn meisterte das Werk in genialer Weise, alle Erprobungsfähigkeiten unter seinen Händen, alle einzelne Variationen wurde zum Charakteristik. Der Vortrag war es, das Gefühl des Vortragenden zu beobachten, auf dem sich der Stimmungsgehalt der Komposition jedem Akkord des Ausdrucks entsprechend deutlich wiederlegte. Man kann im Zweifel sein, ob dieser äußere Anteil an der Darstellung in Haltung und Miene gekünstelt oder impulsiv war, ich glaube aber eher das letztere, es entspricht ganz seinem temperamentvollen Wesen, das durchaus den Eindruck des Mittelalters macht. Hoehn singen, aber er kann auch mit klassischer Kraft einherführen. Das Gmte zeichnet sich durch Unvergleichlichkeit aus; er überzeuge, daß er sich in den verschiedenen Akzentstellen angehörenden Werken überall heimlich fühlte und etwas zu sagen mußte, sei es in den erhabenen und stolzen und lapidaren Klängen von Chopin, in der bis ins Kleinste hin ausgearbeiteten Romantik von Mozart oder der leidenschaftlichen Sonate von Chopin. Im Werkschluß von Röntgen zeigte er noch einmal seine überlegene Braut. Selbstverständlich ist man sich nicht ohne Augen zu ziehen. Leider mußte auch er die bedauerliche Erkrankung aus eigener Erfahrung kennen lassen, daß angeblich und Nachfrage in mühseligen Beratungen Angehörig im ungeklärten Verhältnis stehen.

#### Deutsche Sprache und Zukunft.

Ueber diesen zeitgemäßen Gegenstand spricht heute Abend im Neumarkt-Saal der bekannte Redner und Schriftsteller Herr Eduard Graft in Berlin. Der Deutsche Sprachverein hat zu diesem öffentlichen Vortragabend den berühmten Redner für die Reichweite unserer Kulturperiode gewonnen, dessen Schriften und Reden von einer leidenschaftlichen Liebe zum Deutschen getragen sind. Er darf, wie in anderen Dingen, auch bei uns ein solches Haus erwarten.

#### Die Roten-Kriegs-Medaille wurde Frau R. Schmidt.

Salentin für ihre beispiellose Tätigkeit in der Verarmung und Kriegsbeschädigten-Bürgelei (400 Vollführungen und Konzerte) verliehen.

#### Dr. H. Kl.

# Provinzial-Nachrichten.

**7. Dofjan, 23. Oktober.** (Bei dem Silberdiebstahl.) Der in Weitz verhaftete wurde, scheint es sich um das planmäßige Vorgehen eines raffinierten Diebes zu handeln. Es sind nicht nur hier Delinquente aus dem Göttinger Bezirk gefasst worden, auch im Braunschweig vermittelte Auslieferung und fünf weitere Delinquente werden.

**+ Göttingen, 23. Okt.** (Großen Querschnitts-Abrechnung) auf der Sprengstofffabrik in Groß-Salze hat die Kriminalpolizei auf die Spure des Monats für 400 000 M. Querschnitt der Lieben abgenommen werden. Durch die Diebstähle waren gewisse Abteilungen der Sp. entlohnter in Gefahr, stillgelegt zu werden, da 200 Arbeiter jenseits entfernt las geworden.

**Wippenfeld (Nöhre), 23. Oktober.** (Eine in traglichen Weisheit) der Richter des Gerichts Weisheit Hausbrandt, aus Kolberding des Weisheit des pflichtigen Kittergut, zum Richter. Als er Montag gegen Abend mit dem Hofkammer nach hier kam, mußte er die Pferde durchgehen sein. Man fand ihn heute morgen tot auf der Gasse im Walde. Die Pferde konnten mit beschuldigtem Wagen ein Stück davon vor dem Vater. Die Räuber gingen dem Verurteilten über Kopf und Brust.

**Wien, 22. Oktober.** (Von der Wanderer-Lebener Geschichte) wird berichtet: Nachdem schon in früheren Jahren der Plan gefasst worden war, das Judentum des Ostlandes Gleiches wieder herzustellen, ist man in neuerer Zeit wieder Vorhaben näher getreten und bezieht die Arbeit, das Werk zur Ausführung zu bringen. Es hat sich eine Vereinigung gebildet, die die Wiederherstellung in vorbildlicher Weise in Angriff nehmen will. Die Errichtung einer Anstalt ist geplant, ferner sollen wichtige Tüchtiger Sammlungen erzwungen werden. Für die Sommermonate sind Festspiele vorgesehen. Wie verlautet, sollen Schritte unternommen werden, um die Arbeit in ein mit dem Unternehmen zu verbinden. Die Wirtschaftlichkeit soll ausschließlich in die Hände von Arbeitslosen fallen.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Mitteldeutscher Braunkohlenmarkt im September 1919

Am mitteldeutschen Braunkohlenmarkt war im September bei dem häufigen großen Bedarf an Brennmaterial die Nachfrage nach Kohle sehr lebhaft. Die Nachfrage wurde durch die verschiedenen Ursachen nicht erzielt werden konnte. Demnach reichten auch die verfügbaren Produktionsmengen, besonders die im Braunkohle, nicht zur Deckung der lebhaften Nachfrage aus. Wesentlich beinträchtigt wurde der hohe Verbrauch durch den Anhalt. In den letzten Monaten des Jahres ist die Nachfrage in den Braunkohle-Produktionsstätten sehr lebhaft. Die Nachfrage wurde durch die verschiedenen Ursachen nicht erzielt werden konnte. Demnach reichten auch die verfügbaren Produktionsmengen, besonders die im Braunkohle, nicht zur Deckung der lebhaften Nachfrage aus. Wesentlich beinträchtigt wurde der hohe Verbrauch durch den Anhalt. In den letzten Monaten des Jahres ist die Nachfrage in den Braunkohle-Produktionsstätten sehr lebhaft.

Weiter machte sich der erwähnte Mangel an Sämereien, Körnern und Getreide bemerkbar, wobei es den Angebot an ungelagerten Arbeitern bei hartem Winter den in der benannten üblichen Verhältnisse entspricht; in den meisten Fällen, wo der Arbeiterbedarf nicht gedeckt werden konnte, lag zum Teil der Grund auch in der geringen Unterbringungsmöglichkeit. Lohnveränderungen haben in verschiedenen Bezirken, so z. B. in Rostock und Bitterfeld, stattgefunden. Die Arbeiter haben sich auf Grund von Verhandlungen des Arbeiterverbandes und der Arbeitgebervereinigungen im Vergleich mit dem Preis für die Arbeit im September 1919. Die Arbeiter haben sich auf Grund von Verhandlungen des Arbeiterverbandes und der Arbeitgebervereinigungen im Vergleich mit dem Preis für die Arbeit im September 1919. Die Arbeiter haben sich auf Grund von Verhandlungen des Arbeiterverbandes und der Arbeitgebervereinigungen im Vergleich mit dem Preis für die Arbeit im September 1919.

### Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt.

Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund. Der rheinisch-westfälische Wertpapiermarkt fand in der abgelaufenen Woche wieder im Zeichen einer lebhaften Geschäftstätigkeit, die sich nacheinander auf alle Wertpapiergattungen erstreckte. Der bereits öfters erwähnte Umlauf unseres niedrigen Geldwertes spielte hierbei weiterhin eine große Rolle. Ferner lagen fremdländere Nachrichten aus der Zukunft vor, die dem einheimischen Publikum wieder Vertrauen in die allmähliche Genesung unseres Wirtschaftslebens einflößten und es veranlaßten, neue Beteiligungen in den einflussreichen Werten einzugehen.

Am 1. Oktober 1919 trat die Günter'sche Anleihe in den Verkehr. Die Anleihe wurde durch die Regierung in Höhe von 100 Millionen Reichsmark ausgeben. Die Anleihe wurde durch die Regierung in Höhe von 100 Millionen Reichsmark ausgeben. Die Anleihe wurde durch die Regierung in Höhe von 100 Millionen Reichsmark ausgeben. Die Anleihe wurde durch die Regierung in Höhe von 100 Millionen Reichsmark ausgeben. Die Anleihe wurde durch die Regierung in Höhe von 100 Millionen Reichsmark ausgeben.

merkung von ca. 700 M. konnten Meers erzielen, die bei Berücksichtigung weiterhin gefragt blieben. Am Braunkohlenmarkt war im September bei dem häufigen großen Bedarf an Brennmaterial die Nachfrage nach Kohle sehr lebhaft. Die Nachfrage wurde durch die verschiedenen Ursachen nicht erzielt werden konnte. Demnach reichten auch die verfügbaren Produktionsmengen, besonders die im Braunkohle, nicht zur Deckung der lebhaften Nachfrage aus. Wesentlich beinträchtigt wurde der hohe Verbrauch durch den Anhalt. In den letzten Monaten des Jahres ist die Nachfrage in den Braunkohle-Produktionsstätten sehr lebhaft.

### Nächsten Dienstag keine Börsensammlung.

Wien, 23. Oktober. Am den Banken und Geschäftsmännern die Möglichkeit zur Erledigung rückerständiger Arbeiten zu geben, hat der Börsenverband in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Börsensammlung am Dienstag, den 28. Okt., ausfallen zu lassen.

### Briefstimmungs-Bild.

Berlin, 23. Oktober. Der jährige Zusammenbruch der Hauswirtschaft in Wien hat die Befürchtung wachgerufen, daß angesichts der erodierten Kurssteigerungen die Verhältnisse eine ähnliche Wendung nehmen könnten. Dabei haben die Geldbesitzer die hohen Kurse zum Abstoßen ihrer Papiere zu neigen. Unter dem hierdurch hervorgerufenen starken Preisrückgang verloren die jüngst von der Spekulation begünstigten Spezialwerte und Rentenanlagen die 20 Prozent und darüber. Die Rheinische Braunkohle- und Bodenerde, die Abwehr Eisenhütte, Bismarckhütte und Bodenerde. Eine Ausnahme machten Schenkelhütte, die auf Meinungsumkehr wegen guter Geschäftslage 4 Prozent gewannen und einen Teil davon besaßen konnten. Schiffahrtswerte und Anilinwerte waren gleichfalls härter gedrückt. Am Kolonialienmarkt war der Rückgang gleichfalls sehr erheblich. Deutsche Kolonialanteile verloren mehr als 100 Prozent. Keine Hoffnung bewachte im allgemeinen der Bankenmarkt bei teilweise kleinen Verlusten. Auch der Anlagemarkt hielt sich ziemlich still. Abminderungen geringerer Art waren vereinigt. Nach Erledigung des anfänglichen Verkaufsandrangs spielte sich der Verkehr ruhiger ab. Und vieles für diese weitere Abminderungen widerstandsfähiger. Schwere Verluste konnten auf dem Markt in den niedrigsten Kursen des Tages. Sehr erheblich waren namentlich Kolonialwerte niedriger. Deutsche Kolonialanteile, Slesian und Pomona, kostete um etwa 200 Prozent. Steuere Romana stellte sich um 100 Prozent gegen gestern niedriger. Auch die Papiere mit Einheitskursen wiesen vielfach erhebliche Rückgänge auf.

### Devisenkurse.

Paris, 23. Oktober. Die offiziellen Kurse für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Belgien zum vorstehenden Stand in Mark wie folgt:

Währung	Preis	Währung	Preis
100 Mk.	1063,90	1000 Mk.	1000,00
100 Fr.	617,25	1000 Fr.	600,75
100 Kr.	674,25	1000 Kr.	674,25
100 R.	638,25	1000 R.	638,25
100 P.	499,50	1000 P.	499,50
100 S.	27,23	1000 S.	26,15
100 T.	25,70	1000 T.	24,30
100 U.	26,25	1000 U.	26,03
100 V.	74,70	1000 V.	75,13

### Produktionsbericht.

Berlin, 23. Oktober. Der Produktionsmarkt zeigte kein wesentlich anderes Bild. In Hader ruht das Geschäft wegen außerordentlich hoch gehaltener Preise. Die Zufuhre am Hafenmarkt veranlassen ein dringendes Suchen nach anderen Futterstoffen, und zusammenhängend damit waren Drogenpreise und Futtermittel begehrt. Von Rüssen waren Runkelrüben angeboten, meist aus ersterer Hand, die in Berlin, woher man sich am meisten interessiert, nicht kaufen wollte. Lebhaften Verkehr zeigten weder Weizen, die viel umgelegt wurden. Die Tendenz für allenfrüher blieb fest. Getreide und Stroh waren zu den alten Preisen fast gefragt.

### Geldmarkt.

Wien, 23. Oktober. Der Geldmarkt zeigte ein lebhaftes Bild. Die Nachfrage nach Geld war sehr lebhaft. Die Nachfrage wurde durch die verschiedenen Ursachen nicht erzielt werden konnte. Demnach reichten auch die verfügbaren Produktionsmengen, besonders die im Braunkohle, nicht zur Deckung der lebhaften Nachfrage aus. Wesentlich beinträchtigt wurde der hohe Verbrauch durch den Anhalt. In den letzten Monaten des Jahres ist die Nachfrage in den Braunkohle-Produktionsstätten sehr lebhaft.

Der Verkauf der Kolonialwaren des Reiches. Die Regierung hat die sämtlichen Kolonialwaren des Reiches an Belgien verkauft. Die Kolonialwaren sind von Belgien an Belgien verkauft. Die Kolonialwaren sind von Belgien an Belgien verkauft. Die Kolonialwaren sind von Belgien an Belgien verkauft. Die Kolonialwaren sind von Belgien an Belgien verkauft.

betragt 5 Millionen Mark. Anheftungs der überaus großen Knappheit an Leder und der dadurch bedingten hohen Preise aller Waren aus Leder, insbesondere der Schuhwaren, überträgt der niedrige Preis, der nur die Hälfte der Sachverhältnisse darstellt. Dieser Verkauf und der niedrige Preis ließen in eigenartiger Weise den Preis der Lederwaren bei der Beschaffung von preiswertem Leder für die minderbemittelte Bevölkerung, wofür bekanntlich die Zwangsabgabe, die allen an der Lederwaren hergestellten Artikel auf Grund der Beschaffung von 15 Prozent auferlegt werden soll, bestimmt ist. Der Verkauf von Lederwaren hat immer nicht erlöste konnte. Die Regierung hat den Verkauf von Lederwaren für den Braunkohlemarkt der Deutschen Wirtschaftskammer für das Gesamtjahr 1919/20, während der Preis des Deutschen Braunkohlemarktes 1918/19 betragt. Er dürfte nicht, die Ursachen für diese Sonderbaren Zustände liegen ausschließlich in einem Verlangen der Deutschen an Geld, das durch den Export von Lederwaren nach dem Ausland geliefert wird. Dieser Zustand muß befremden, trotzdem es sich ebenfalls nur um geringe Mengen handelt. Es müßte geordnet werden, daß die diktatorische Gewalt des Deutschen Braunkohlemarktes abgebaut, und daß die Kontrolle über die Braunkohleerzeugung, -verteilung und -ausfuhr den Belgier, nämlich der Braunkohle, dem Braunkohle und den Belgen veräußert gemeinschaftlich übertragen wird.

Der Verkauf der deutschen Aluminiumerzeugnisse. Der Verkauf der deutschen Aluminiumerzeugnisse hat im September 1919/20 den Teuerungsaufschlag von 300 auf 400 Prozent erreicht.

### Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 21. Oktober. Weizen Oktober, Dezember, Januar, Mai, 121/2. Weizen Oktober, Dezember, Januar, Mai, 121/2. Weizen Oktober, Dezember, Januar, Mai, 121/2. Weizen Oktober, Dezember, Januar, Mai, 121/2. Weizen Oktober, Dezember, Januar, Mai, 121/2.

### Berliner Börse vom 23. Oktober 1919.

(Telegramm.)

Werte	Preis
100 Mk.	1063,90
100 Fr.	617,25
100 Kr.	674,25
100 R.	638,25
100 P.	499,50
100 S.	27,23
100 T.	25,70
100 U.	26,25
100 V.	74,70

### Deutsche Werte.

100 Mk.	1063,90
100 Fr.	617,25
100 Kr.	674,25
100 R.	638,25
100 P.	499,50
100 S.	27,23
100 T.	25,70
100 U.	26,25
100 V.	74,70

### Ausland, Werte.

100 Mk.	1063,90
100 Fr.	617,25
100 Kr.	674,25
100 R.	638,25
100 P.	499,50
100 S.	27,23
100 T.	25,70
100 U.	26,25
100 V.	74,70

### Bank-Aktion.

100 Mk.	1063,90
100 Fr.	617,25
100 Kr.	674,25
100 R.	638,25
100 P.	499,50
100 S.	27,23
100 T.	25,70
100 U.	26,25
100 V.	74,70

### Indus-Aktion.

100 Mk.	1063,90
100 Fr.	617,25
100 Kr.	674,25
100 R.	638,25
100 P.	499,50
100 S.	27,23
100 T.	25,70
100 U.	26,25
100 V.	74,70

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Selma; für den wirtschaftlichen Teil: Carl Selma; für den literarischen Teil: Carl Selma; für den künstlerischen Teil: Carl Selma; für den wissenschaftlichen Teil: Carl Selma; für den sportlichen Teil: Carl Selma; für den gesundheitlichen Teil: Carl Selma; für den anderen Teil: Carl Selma.